

ANTRAG

der Abgeordneten Zonschits, Weninger, Kocevar, Pfister, Prischl, Mag. Samwald, Mag.^a Scheele, Schindele, Schmidt, Schnabl, Dr. Spenger und Mag.^a Suchan-Mayr

betreffend: Klares NEIN zu MERCOSUR

Seit dem Jahr 2000 verhandelt die EU-Kommission erfolglos mit südamerikanischen Staaten über das Handelsabkommen MERCOSUR. Die berechtigten Bedenken auf europäischer Seite reichen von einer möglichen Absenkung arbeitsrechtlicher und sozialer Standards, dem Fehlen von Maßnahmen zur Absicherung des Konsumentenschutzes und des Klimaschutzes bis hin zu gravierenden wettbewerblichen Nachteilen für die LandwirtInnen, die nicht mit massenhaften Agrarimporten konkurrieren können, die unter fragwürdigen Bedingungen produziert werden.

Damit steht neben der traditionell kleinstrukturierten niederösterreichischen Landwirtschaft auch die Lebensmittelsicherheit der NiederösterreicherInnen auf dem Spiel. Denn letzten Endes sind durch die beabsichtigten Importe entweder Verdrängungseffekte in der europäischen - und damit natürlich auch der niederösterreichischen - Landwirtschaft, oder ein Absenken der heimischen Produktionsstandards zu befürchten, um dem durch MERCOSUR verursachten Preisdruck zu begegnen.

Gerade für Niederösterreich, dem Feinkostladen Europas, sind diese Szenarien keinesfalls tragbar. Einerseits weil unsere Top-Qualitätsstandards im Lebensmittelbereich geschützt werden müssen, andererseits weil unsere nachhaltige Landwirtschaft einen wichtigen Faktor für die Attraktivität unserer ländlichen Regionen darstellt.

Vor diesem Hintergrund sind auch die neuesten Pläne der EU-Kommission, das geplante MERCOSUR-Handelsabkommen aufzusplitten und damit der Kontrolle durch die Mitgliedsstaaten und ihrer nationalen Parlamente zu entziehen, entschieden abzulehnen. Österreich muss auf allen politischen Ebenen Druck aufbauen, um die Aufspaltung des MERCOSUR-Handelsabkommens und damit das mögliche teilweise Inkrafttreten zu verhindern.

Die Gefertigten stellen daher den

Antrag

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„1. Der NÖ Landtag spricht sich klar gegen das Freihandelsabkommen Mercosur aus.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, um diese mit Nachdruck aufzufordern, sicherzustellen, dass die klare Ablehnung des MERCOSUR-Handelsabkommens auch gegenüber der EU-Kommission vertreten wird,

a.) insbesondere soll dieses Handelsabkommen einerseits in seiner Gesamtheit andererseits

b) auch die neuesten Pläne der EU-Kommission, das Handelsabkommen aufzusplitten und damit der Kontrolle durch die Mitgliedsstaaten und ihrer nationalen Parlamente zu entziehen, verhindert werden und somit

c) die EU-Standards bei der Lebensmittelproduktion, bei Menschenrechten und im Klimaschutz erhalten bleiben.“

Der Herr Präsident wird ersucht, diesen Antrag dem Europa-Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.